

Der Karikaturenstreit in Indonesien und Malaysia

Kovacs, Amanda

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kovacs, A. (2006). Der Karikaturenstreit in Indonesien und Malaysia. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(2), 70-80. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337448>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Im Fokus

Der Karikaturenstreit in Indonesien und Malaysia

Amanda Kovács

Einleitung

Die Veröffentlichung von zwölf Karikaturen in einer dänischen Zeitung, die Muhammad, den Propheten des Islam, unter anderem als sexistischen Bombenleger darstellten, verursachte im Januar in der islamischen Welt eine Welle der Empörung. Muslime kritisierten die verachtende Darstellung ihres Propheten und beriefen sich auf das allgemeine Verbot der islamischen Lehre, Menschen abzubilden. Als Reaktion auf die empfundene Kränkung wurden dänische Produkte in einigen arabischen Ländern boykottiert und die saudische Regierung rief ihre Auslandsvertretung aus Dänemark zurück. Gegen die weitere Verbreitung der Bilder in mehreren europäischen Zeitungen wurde zum Teil gewaltsam demonstriert. Wütende Muslime griffen EU-Botschaften und westliche Restaurant-Ketten an, von radikal-islamischen Gruppen wurde gar zum Jihad aufgerufen. Die deutsche Berichterstattung über den so genannten Karikaturenstreit konzentrierte sich hauptsächlich auf die Reaktionen in den arabischen Ländern, Iran, Afghanistan und Pakistan. Wie aber wurden die umstrittenen Darstellungen in Indonesien und Malaysia diskutiert? Außer der Bilder einiger radikaler Muslime, die die dänische Botschaft in Jakarta stürmten, wurde wenig über Reaktionen in Südostasien bekannt. Eine Analyse der Karikaturendebatte in Indonesien und Malaysia verdeutlicht jedoch den aktuellen Stand der Demokratieentwicklung in beiden Ländern.

Exkurs: Das Bilderverbot im Islam

Dem Koran ist kein ausdrückliches Bilderverbot zu entnehmen. Vielmehr stützt sich das Verbot, Bilder anzufertigen, auf eine Vielzahl von Aussprüchen, die dem Propheten Muhammad zugeschrieben werden, und in schriftlicher Form gesammelt wurden. Der Prophet soll Bilder ebenso wie Skulpturen abgelehnt haben, bei

denen eine Gefahr zur Idolatrie bestand. Die Anbetung von Menschen geschaffener Darstellungen sollte vermieden werden, spricht sich der Koran doch gegen die Götzenverehrung der vorislamischen Araber aus. Allein Gott darf verehrt werden. Nur ihm ist es möglich, Leben zu erschaffen, der Mensch soll daher alle Versuche unterlassen Leben abzubilden, und Gott damit nachzuahmen. Besonders die Prophetenverehrung versucht der Islam zu kontrollieren. Eine Anbetung der Propheten soll vermieden werden, damit nicht wie im Christentum die Gefahr besteht, den Propheten zum Gott zu erheben. Trotzdem genießen alle Propheten des Islam höchstes Ansehen. Muslime sehen Muhammad als moralisches Vorbild an und schätzen seine Auserwählung zum Verkünder der reinen Religion. Eine Beleidigung des Propheten Muhammad kann somit von der weltweiten islamischen Gemeinde als Angriff auf den Islam und letztlich auch auf sie selbst verstanden werden (Heine 1991).

Indonesien: Gewaltsame Ausschreitungen

Als in Indonesien im Januar bekannt wurde, dass die dänische Zeitung *Jyllands Posten* zwölf Karikaturen des Propheten Muhammad publiziert hatte, und die Bilder von zahlreichen weiteren europäischen Zeitungen nachgedruckt wurden, kam es am 3. Februar zu ersten gewaltsamen Demonstrationen. In Jakarta protestierten mehrere Hundert Muslime vor der dänischen Botschaft, einige aufgebrauchte Demonstranten stürmten die Lobby des Gebäudes, zerschlugen Lampen und Stühle, verbrannten dänische Flaggen, schmissen faule Eier und Tomaten. Verschiedene zu Gewalt auffordernde Sprüche waren auf Spruchbändern zu lesen oder wurden von der aufgebrauchten Menge gerufen, so z.B. „Lasst uns den dänischen Botschafter abschlachten“, „Lasst uns in den heiligen Krieg ziehen“, oder „Wir sind keine Terroristen, wir sind keine Anarchisten, aber wir sind gegen Leute, die den Islam beleidigen“ (*Spiegel* online, 3.2.06).

Zu den Demonstrationen aufgerufen hatten die radikale FPI (Front Pembela Islam, Front der Verteidiger des Islam), die in der Vergangenheit mit gewaltsamen Angriffen auf „unislamische“ Einrichtungen wie Bars und Restaurants mit Alkoholausschank Schlagzeilen gemacht hatte, sowie der MMI (Majelis Mujahidin Indonesia, Indonesischer Mujahidin Rat). Auch die Hizbut Tahrir (eine islamistische Vereinigung) organisierte Versammlungen vor dem dänischen Botschaftsgebäude, bei denen zu Gewalt aufgerufen wurde. Auf ihrer Internetseite bezeichnete die Organisation die Veröffentlichung der Muhammad-Karikaturen als Anzeichen für

einen Rückfall in die *Zaman Jahiliyah* (hizbut-tahrir.or.id, 13.2.06), die Zeit der Unwissenheit, die in der islamischen Geschichtsschreibung die Zeit vor dem Islam bezeichnet.

Die schon am 30. Januar vom Chefredakteur der *Jyllands Posten* ausgesprochene Entschuldigung für die Kränkung der Muslime konnte die gereizte Stimmung in Indonesien ebenso wenig mildern, wie die Aussage des dänischen Premierministers Anders Fogh Rasmussen. Beide distanzieren sich von symbolischen Handlungen, die dazu geeignet sind, bestimmte Nationalitäten, Religionen oder Bevölkerungsgruppen zu dämonisieren, und betonten die Achtung Dänemarks vor der Religionsfreiheit. Die Veröffentlichung der zwölf Karikaturen stehe jedoch unter dem Schutz der dänischen Pressefreiheit, und sei daher gerechtfertigt (jp.dk, 30.1.06; emb-denmark.or.id, 31.1.06). Diese von vielen Muslimen als unzureichend empfundenen Entschuldigungen verstärkten die angespannte Situation auf Indonesiens Straßen: Nach dem Freitagsgebet am 4. Februar versammelten sich radikale Muslime um einige Moscheen in Jakarta, und forderten eine Fatwa, ein islamisches Rechtsurteil, gegen die Zeichner der Muhammad-Darstellungen. Jeder, der den Propheten beleidige, solle zum Tode verurteilt werden, sagte ein Vorsitzender des Forums Umat Islam, einer Schirmorganisation für radikal-islamische Gruppierungen wie die FPI und Hizbut Tahrir (ST, 5.2.06). Der Ärger über Dänemark weitete sich in den folgenden Tagen auch auf US-Einrichtungen aus. In Surabaya, Indonesiens zweitgrößter Stadt, griffen wütende Demonstranten das US-Konsulat an, in Jakarta wurden vor der US-Botschaft amerikafeindliche Rufe laut und US-Flaggen gingen in Flammen auf. Als Organisatoren der Proteste gab sich die FPI zu erkennen (WSJ, 19.2.06).

Im Gegensatz dazu rief keine der beiden großen Muslimorganisationen zu Demonstrationen auf. Die modernistische Muhammadiyah verurteilte die Ausschreitungen vor den Auslandsvertretungen sogar als der islamischen Lehre zuwiderlaufend. Ähnlich äußerte sich die traditionalistische NU (Nahdlatul Ulama) über die gewaltsamen Proteste. Die Politik der NU sei es, zu kritisieren, jedoch nicht zu mobilisieren, hieß es (FAZ, 17.2.06). Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono verurteilte die Veröffentlichung der Karikaturen in Europa als ein unsensibles Verhalten gegenüber der weltweiten muslimischen Gemeinschaft. Dennoch rief er seine Bevölkerung dazu auf, die Entschuldigungen der dänischen Regierung und der *Jyllands Posten* zu akzeptieren. Vom Außenminister Indonesiens, Hassan Wirajuda, wurden die gewaltsamen Ausschreitungen im Lande scharf kritisiert. In einer Rede machte er darauf aufmerksam, dass der Unmut der Umma

(die weltweite islamische Gemeinde) über die Karikaturen von radikal-islamischen Gruppierungen ausgenutzt werde (WSJ, 8.2.06).

Trotz aller Bemühungen der indonesischen Regierung, die Demonstrationen in friedliche Bahnen zu lenken, verkündete die dänische Regierung aufgrund „ernsthafter und konkreter Drohungen“ (*Spiegel* online, 11.2.06) den zeitweiligen Abzug ihres Botschaftspersonals aus Jakarta. Am selben Tag riet das dänische Außenministerium seinen Landsleuten aus Sicherheitsgründen zur Ausreise aus Indonesien.

Der Protest einiger islamischer Gruppierungen richtete sich nicht nur gegen Europa und die USA, sondern auch gegen zwei indonesische Zeitungen, die die umstrittenen Bilder nachgedruckt hatten. Während nach der Entschuldigung des Chefredakteurs des Magazins *Peta* die Polizei zu Ermittlungen gegen den Verantwortlichen eingeschaltet wurde, versammelten sich laut demonstrierende radikale Muslime in Surabaya vor dem Pressegebäude des von Christen geführten Blattes *Gloria*. Das Management reagierte mit der sofortigen Kündigung des Verantwortlichen und nahm 8.000 Exemplare der Ausgabe mit den Karikaturen vom Markt (WSJ, 13.2.06). Der Karikaturenstreit wurde von Präsident Yudhoyono als Gefahr für die noch sehr junge Demokratie seines Landes eingestuft. Durch seinen Sprecher Dino Patti Djalal ließ er verlauten, die Karikaturendebatte würde bei den Muslimen Indonesiens den Eindruck erwecken, dass der Islam und die Prinzipien der Demokratie unvereinbar wären. Dies sei in einer Zeit, in der man versuche die demokratische Entwicklung Indonesiens voranzutreiben und zu stärken, ein herber Rückschlag (WSJ, 20.2.06).

Malaysia: Der Karikaturenstreit als Auslöser für eine neue Diskussion über die Pressefreiheit

Der Karikaturenstreit hat in Malaysia nicht zu gewaltsamen Demonstrationen, brennenden Botschaften, Verletzten oder gar Toten geführt, vielmehr ist die innergesellschaftliche Diskussion um Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit neu entfacht. Auslöser hierfür waren die Schließung der Zeitung *Sarawak Tribune* am 9. Februar, die eine der Karikaturen zur Illustration eines Berichtes über die weltweiten Demonstrationen entrüsteter Muslime gedruckt hatte, sowie die zweiwöchigen Erscheinungsverbote, die gegen die Zeitungen *Guangming Daily* und *Berita Petang* aus demselben Grund verhängt wurden.

Nachdem sich zu der Schließung der *Sarawak Tribune* schon kritische Stimmen der Opposition und von Menschenrechtsorganisationen erhoben hatten, führte eine am 14. Februar angeordnete Neuverteilung von sechs Ministerien zu der Berufung von Datuk Zainuddin Maidin als Informationsminister.

Besonders von der oppositionellen DAP (Democratic Action Party) wurde die Ernennung Maidins scharf verurteilt. Sie sei ein „step backwards for press freedom and freedom of information in Malaysia“, gar als „Goebbels of Malaysia“ bezeichnet die DAP Maidin in einer Presseerklärung (dapmalaysia.org, 22.2.06).

Im Zusammenhang mit der Schließung der *Sarawak Tribune* wurde von der Regierung das Verbot ausgesprochen, die Karikaturen zu veröffentlichen, zu produzieren, zu importieren oder zu besitzen. Weiteren Diskussionsstoff lieferte ein den aktuellen Karikaturenstreit kritisch hinterfragendes Bild, das in der *New Straits Times* gedruckt wurde. Es machte sich über den Karikaturenstreit lustig, und wurde ebenso wie die Muhammad-Karikaturen als beleidigend empfunden. Zwar wurde der Fall vom Ministerium für innere Sicherheit überprüft, und die Oppositionspartei Parti Islam Se Malaysia (Islamische Partei Malaysia) erstattete Anzeige, doch letztlich verkündete Premierminister Badawi am 24. Februar, dass die öffentliche Entschuldigung der *New Straits Times* angenommen worden sei, und der Fall damit ruhen könne. Von der Opposition wurde diese Entscheidung heftig kritisiert, da die engen Verbindungen des 160-jährigen Blattes zur Regierung besonders auffällig sind: die *New Straits Time* ist im Besitz der die Barisan Nasional (Nationale Front, die regierende Koalition in Malaysia) dominierenden UMNO (United Malays National Organization). Dass die malaysische Regierung im Karikaturenstreit mit zweierlei Maß messen würde, stand für viele Oppositionelle ab diesem Zeitpunkt fest.

Die Karikaturendebatte zog in Malaysia noch weitere Kreise, als auch Fernsehsender beschuldigt wurden, die Prophetenbilder in ihren Nachrichtensendungen gezeigt zu haben. Die beiden malaysischen Privatsender TV3 und ntv7 entschuldigten sich für ihr Handeln.

Dagegen verkündete der Regierungssender RTM, er habe nicht vor, eine Entschuldigung auszusprechen. Der Sender könne nur auf Anordnung der Regierung agieren, und müsse abwarten, ob die Regierung eine Entschuldigung genehmigen würde (*Malaysiakini*, 4.2.06).

Bis zum 6. Februar stand eine weitere Entwicklung im Falle der drei Fernsehsender noch nicht fest. Die von der Regierung gegen die Zeitungen verhängten

Restriktionen gaben vor allem den malaysischen Oppositionellen die Möglichkeit, die Regierung zu kritisieren, auf das Demokratiedefizit und die eingeschränkte Pressefreiheit im Lande aufmerksam zu machen.

Die Malaysische Regierung und die repressive Kontrolle des Diskurses

Das folgenreichste Nachspiel im malaysischen Karikaturenstreit sollten die 302 Angestellten der englischsprachigen *Sarawak Tribune* erfahren. Nachdem das Regionalblatt die umstrittenen Karikaturen des Propheten Muhammad am 2. sowie am 4. Februar nachgedruckt hatte, folgte wenige Tage später, am 9. Februar, die vom Ministerium für innere Sicherheit angeordnete sofortige Schließung der Zeitung. Malaysias Premierminister Abdullah Ahmad Badawi, der gleichzeitig das Amt des Ministers für innere Sicherheit führt, betitelte die veröffentlichten Bilder als erniedrigend und herabwürdigend und entzog der *Sarawak Tribune* nach einem angeblich einstimmigen Kabinettsentscheid die Lizenz.

Das Kabinett beruft sich in seiner Anordnung auf den Printing Presses and Publications Act (PPPA) von 1984, der die malaysische Regierung dazu befähigt, Lizenzen an Printmedien zu erteilen. Noch am Tag der Verkündung des Urteils rief der UMNO-Politiker Zaid Ibrahim malaysische Journalisten zu einem Pressegespräch zusammen, bei dem er den PPPA verteidigte und behauptete, die malaysischen Medien würden unter der amtieren Regierung eine weitaus größere Freiheit genießen, als unter der vorherigen. Als ein anwesender Journalist Zaid darauf aufmerksam machte, dass unter der 22-jährigen Regierungszeit Mahathirs lediglich drei Zeitungen geschlossen wurden (*Sin Chew Jit Poh, Watan, The Star*), während Premierminister Badawi bereits zwei Schließungen zu verantworten hätte, unterstrich das Regierungsmitglied seine Aussage mit der Äußerung, die Medien hätten seiner Meinung nach mehr Freiheiten als früher, die Regierung zu kritisieren (*Malaysiakini*, 9.2.06). Moralische Unterstützung erhielt die Regierung auch von der 1999 gegründeten regierungsnahen Menschenrechtsorganisation Su-hakam. Im Falle eines anzunehmenden Gewaltausbruches hätte die Regierung die Verpflichtung, die nationale Sicherheit zu gewähren und jegliches Gewaltpotenzial im Keim zu ersticken. Die Regierung handele nicht aus Eigeninteresse, sondern diene dem Wohl der Nation (*Malaysiakini*, 10.2.06). Überhaupt stand der Schutz der Bevölkerung vor gewaltsamen Ausschreitungen und Unruhen im Mittelpunkt der Rechtfertigungen für die eingeleiteten Suspendierungen. So wurde der „weiche

Autoritarismus“ (Means 1996) Malaysias durch die Karikaturendebatte abermals deutlich. Das Regime bemühte sich bei der Diskussion um die umstrittenen Karikaturen und die Pressefreiheit, sich als Verantwortlicher des Volkes darzustellen. Freiheit, so auch Pressefreiheit, könnte nur in Einklang mit Verantwortung existieren. Daher müsse die Presse seitens der Regierung kontrolliert werden, um den Islam vor Beleidigungen und das Volk vor gewaltsamen Demonstrationen zu schützen.

Kritik der Opposition

Alle drei Oppositionsparteien, die seit den Wahlen im Jahr 2004 im Parlament vertreten sind, haben sich zu den in Malaysia veröffentlichten Karikaturen sowie zu den von der regierenden Barisan Nasional initiierten Lizenzentzügen geäußert. Dabei wurden auch innerhalb der Opposition Stimmen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Forderungen laut.

So erklärte die PKR (Parti Keadilan Rakyat, People's Justice Party) schon am Vortag der Schließung der *Sarawak Tribune*, dass sie mit einer Beschränkung der Pressefreiheit nicht einverstanden wäre. Eine Entschuldigung der betroffenen Zeitung für den Nachdruck der karikativen Darstellung Muhammads wurde jedoch auch seitens der PKR gefordert. Die Abbildungen seien eine Missinterpretation des Islam und führten zu groben Verurteilungen von Muslimen. Der PKR-Informationsschef Tian Chua verdeutlichte den Standpunkt seiner Partei zu der kontroversen Diskussion in der Öffentlichkeit mit der Aussage, die PKR bestehe auf der Verteidigung der Pressefreiheit, da diese das einzig effektive Instrument zur Kontrolle von Korruption und Machtmissbrauch sei (*Malaysiakini*, 8.2.06).

Nachdem der *Sarawak Tribune* endgültig die Lizenz entzogen wurde und gegen die *Guangming Daily* ein zweiwöchiges Erscheinungsverbot verhängt wurde, bezeichnete der „Adviser“ der PKR, Anwar Ibrahim, das Verhalten der regierenden Parteien als repressiv. Die Regierung würde fundamentale Freiheiten unterdrücken, die Pressefreiheit beschneiden und die autoritären Führer würden im Lande Hass schüren. Die Regierung manipulierte die Bevölkerung, um von Korruption und fehlenden Freiheiten abzulenken. Zwar verstehe Anwar den Ärger der muslimischen Bevölkerung in Malaysia über die Karikaturen, und er fordere eine Entschuldigung der betreffenden Zeitungen, doch sprach er sich für friedliche Demonstrationen aus, die in Eintracht mit den Prinzipien des Islam zum Schutz von Leben und Eigentum stünden. So unterstütze er die Reaktion der

PAS, die zu einem Boykott dänischer Produkte aufgerufen hatte und die dänische Flagge öffentlich verbrannte, was von einigen Beobachtern als extrem angesehen wurde (*Malaysiakini*, 16.2.06).

Auch der Oppositionsführer der DAP (Democratic Action Party) äußerte sich über das Eingreifen der Regierung in die malaysische Presse. Lim Kit Siang betonte, dass sich die *Sarawak Tribune* öffentlich entschuldigt hätte und somit kein „witch-hunt on the Sarawak Tribune case“ (dapmalaysia.org, 7.2.06) nötig sei. Als einzige Partei organisierte die islamistische PAS als Antwort auf die in Dänemark zuerst publizierten Karikaturen am 10. Februar eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern vor der dänischen Botschaft, die friedlich verlief, bei der jedoch auch dänische Flaggen verbrannt wurden und Sprüche zu hören waren, wie „Hancur Denmark“ (Vernichtet Dänemark) und „Mati Denmark“ (Tod für Dänemark) (*Malaysiakini*, 10.2.06). Der Vorsitzende der PAS-Jugendorganisation, Salahuddin appellierte in einem aufwieglerischen Tenor an seine Gefolgsleute, „alle PAS-Führer würden zur Verteidigung des Islam ihr Leben geben“ (*Malaysiakini*, 10.2.06).

Die für die Gründung eines islamischen Staates eintretende Partei forderte nicht nur von den betroffenen malaysischen Medien eine Entschuldigung für die veröffentlichten Karikaturen, sondern auch von der dänischen Regierung und der EU (parti-pas.org, 10.2.06).

Auf ihrer Internetseite machte die Partei am 10. Februar Forderungen publik, die sie von der dänischen Regierung und der EU erfüllt sehen möchte, unter anderem eine öffentliche Entschuldigung und eine

„declaration that freedom to speak and publish must respect the sensitivities of all religions of the world, and particular Islam. (Since it is Islam that has been targeted for quite some time.)“ (parti-pas.org, 10.2.06)

Nicht nur die weltweite Publizierung der als beleidigend empfundenen Prophetenbilder brachte die PAS auf die Straße, sondern auch, dass die Regierung gegen die *New Straits Time* keine Strafe verhängte. Nachdem bekannt wurde, dass die weitere Existenz der *New Straits Times* gesichert sei, protestierten ca. 500 PAS-Anhänger vor dem Pressegebäude der Zeitung in Kuala Lumpur; Rufe, wie „Allahuakbar“ (Gott ist mächtig), wurden laut. Tian Chua, Informationschef der PKR, kommentierte die Demonstration der PAS kritisch:

„While PKR respects the right of people and organisations to articulate their views through peaceful demonstration, we strongly disapprove the use of inflam-

matory language which perpetuates religious or racial bigotry.“ (*Malaysiakini*, 27.2.06)

Nicht nur die oppositionellen Parteien ergriffen das Wort in der Karikaturendebatte, auch Nichtregierungsorganisationen vertraten ihren Standpunkt. Von der regimekritischen Menschenrechtsorganisation Aliran wurden die Publikationen der Prophetenbilder als Fehler verurteilt. In einer multikulturellen, multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft wie der Malaysias, hätten die Medien Verantwortung zu tragen und sollten jegliche Beleidigung von Religionen vermeiden. Jedoch kritisiert Aliran die Reaktion der malaysischen Regierung auf den Vorfall. In einer Presseerklärung der Organisation wurde der endgültige Lizenzentzug der *Sarawak Tribune* angegriffen: „We are opposed to any attempt by government to control the media through censorship under threat of closure.“ Weiter äußerte Aliran, dass der PPPA nicht mit einem demokratischen System vereinbar sei. Ein Gesetz dieser Art verhindere die freie Rede und verdecke den Machtmissbrauch der Regierung (Aliran.com, 16.2.06). Aliran sprach sich gegen eine Schließung der *Sarawak Tribune* seitens der Regierung aus und forderte dafür eine Verhandlung der Angelegenheit vor Gericht. Der prominente malaysische Journalist und Preisträger des angesehenen Ramon-Magsaysay-Preises für Journalismus, Literatur und kreative Kommunikationskunst, Pak Samad, kritisierte die Beschränkungen der Presse durch die Regierung. Der 82-jährige beklagte sich auf einer privaten Pressekonferenz in seinem Haus über die fehlende Pressefreiheit in Malaysia, kritisierte den PPPA und die Situation, in der sich viele seiner Kollegen befänden: Malaysische Journalisten würden sich selbst zensieren, aus Angst vor den gesetzlichen Folgen. „Write what you want to write. Don't wait for the government to signal you as to what to write“, ermutigte er die Journalisten des Landes (*Malaysiakini*, 21.2.06).

Nichtregierungsorganisationen, wie die Independent Media Activist Group (KAMI) und die Action Against Political Interference, die schon seit Jahren für eine unabhängige Presse in Malaysia kämpfen, verurteilten die Reaktionen der malaysischen Regierung zu den Karikaturen. Durch die schriftlichen Entschuldigungen der betroffenen Herausgeber der Zeitungen sollten die Fälle abgeschlossen sein.

Fazit: Altbewährte Verhaltensmuster im Karikaturenstreit

Im Vergleich zu vielen arabischen Staaten oder auch Pakistan, fielen die Reaktionen Indonesiens und Malaysias zu den Muhammad-Karikaturen relativ gemäßigt aus. Aufgrund der allgemeinen pro-westlichen Haltung der beiden Regierungen kann davon ausgegangen werden, dass die Demonstrationen in Malaysia und Indonesien nicht von den Regierungen unterstützt, oder gar organisiert wurden, wie es beispielsweise für Syrien angenommen wird. Indonesien und Malaysia sind keine isolierten Pariastaaten, sondern haben Interesse an guten politischen und ökonomischen Beziehungen zu Europa und den USA.

Trotzdem hat der Karikaturenstreit einen jeweils sehr unterschiedlichen Umgang der beiden Regierungen mit den islamischen Kräften in ihren Ländern gezeigt sowie verdeutlicht, welchen Status die Oppositionsbewegungen genießen. Somit hat die Debatte um die umstrittenen Prophetenbilder auch den Stand der aktuellen Demokratieentwicklung widerspiegelt. Das Interesse der indonesischen Regierung an demokratischen Verhältnissen schließt eine Tolerierung seitens der islamischen Gruppierungen ein, seien sie liberal oder radikal. So wird radikal-islamischen Organisationen wie der Hizbut Tahrir, der FPI oder dem MMI der öffentliche Freiraum zur Äußerung ihrer Forderungen und Vorstellungen gewährt. Mit Sicherheit spielt im Hintergrund auch das Interesse einiger politischer Eliten bei der Tolerierung des gewaltbereiten Islam eine Rolle. Gleichzeitig sorgen jedoch die beiden größten und wichtigsten islamischen Organisationen, die NU und die Muhammadiyah, für einen Ausgleich zu den radikalen Muslimen in Indonesien. Als die Karikaturen von indonesischen Zeitungen nachgedruckt wurden, hielt sich die Regierung aus der Angelegenheit heraus. Der Fall wurde innerhalb der Presseunternehmen und mit polizeilichen Mitteln geregelt. Die Regierung gewährte ihrer radikal-islamischen Bevölkerung durchaus Freiräume, rief jedoch auch zur Annahme der Entschuldigung Dänemarks auf.

Deutlich anders verliefen die Reaktionen in Malaysia. Gewaltsame Demonstrationen fanden nicht statt, nur die moderat islamistische PAS organisierte Protestversammlungen, die, abgesehen von einigen zu Gewalt auffordernden Sprüchen, friedlich verliefen. Die autoritäre Kontrolltaktik der regierenden Barisan Nasional führt auch zu einer stärkeren Unterdrückung der islamistischen Gruppierungen im Land. Öffentliche Demonstrationen sind durch die starke Kontrolle der Opposition in der malaysischen Semidemokratie schwieriger möglich als in Indonesien.

Darüber hinaus verlagerte sich die malaysische Debatte um die Karikaturen zu einer Diskussion um die allgemeine Pressefreiheit im Land. Die von der Regierung angeordneten Schließungen mehrerer Zeitungen, die die Bilder nachgedruckt hatten, stand für viele Oppositionelle symbolisch für die allgemeine Unterdrückung der Menschenrechte und der Pressefreiheit. Zwar wurden die Karikaturen von der Öffentlichkeit als beleidigend verurteilt, doch das Einschreiten der Regierung in die ohnehin eingeschränkte Pressefreiheit wurde stark kritisiert. So wurden die Schließungen der Zeitungen von den oppositionellen Kräften zum Anlass genommen, Gesetze wie den Printing Presses and Publications Act kritisch zu hinterfragen und auf die fehlende Meinungsfreiheit in Malaysia aufmerksam zu machen. Für beide Länder, Indonesien und Malaysia, hat der Karikaturenstreit bis auf die neu entflammte Diskussion um die malaysische Pressefreiheit, wenig Neues gebracht. Vielmehr agierten die Regierungen innen- sowie außenpolitisch gemäß ihrer altbewährten Verhaltensmuster.

Literatur

- Heine, Peter (1991), „Bild und Bilderverbot“, in: Adel Theodor Khoury/Ludwig Hagemann/Peter Heine, *Islam-Lexikon*, Freiburg, S. 127-129
- Means, G.P. (1996), „Soft Authoritarianism in Malaysia and Singapore“, in: *Journal of Democracy*, Vol. 7, Nr. 4, S. 103-117